

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Gebr. Henrich, Dresden
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnement: Einjährig 10 Mk., halbjährig 5 Mk., vierteljährig 2,50 Mk. (Postgebühren inbegriffen).
Telegraphische Adressen: Dresden: Volkszeitung

Schriftleitung: Wettersplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettersplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261 und 12707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis: Grundpreis: die 29 mm breite Kompatibelzeile 30 Pf., die 60 mm breite Reklamzeile 1,50 Mk., für auswärtsige Anzeigen 35 Pf. und 2 Mk. Familienanzeigen, Stellen- und Reiseanzeigen 40 Pf. Rabatt. Für Kleinverlegungen 10 Pf.

Nr. 64

Dresden, Mittwoch den 17. März 1926

37. Jahrg.

Verfassungskrise im Völkerbund

Durch Brasiliens Sonderansprüche die Genfer Tagung abgebrochen — Deutschlands Aufnahme bis zum Herbst vertagt — Das Werk von Locarno bleibt gesichert!

T. Genf, 17. März. (Eig. Funkspruch.)

Am heutigen Vormittag wird die außerordentliche Völkerbundtagung plötzlich ihren Abschluß finden. Die noch am Dienstag bestehenden geringen Hoffnungen, daß der brasilianische Vertreter auf den angeforderten Einspruch gegen die Aufnahme Deutschlands in den Rat verzichten würde, sind im Laufe der Nacht restlos geschwunden, und so tritt Chamberlain als Berichterstatter der Ausnahmekommission heute vormittag um 10 Uhr vor die Völkerbundversammlung, um der Welt offiziell den negativen Ausgang der außerordentlichen Session durch Vertagung zu verkünden. Brasilien beharrt unter allen Umständen auf seinem Anspruch, einen ständigen Ratssitz zu erhalten. Da ihm dieser Anspruch nicht zugebilligt werden konnte, würde es gegen Deutschlands Sitz im Völkerbund Einspruch einbringen, womit (da Einstimmigkeit erforderlich ist) Deutschland seinen Ratssitz verliert. Um dies zu vermeiden, wird die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund bis zum Herbst vertagt, da im Herbst Brasilien seinen bisher innegehabten nichtständigen Ratssitz voraussichtlich verliert.

T. Genf, 17. März. (Eig. Funk.) Der plötzliche Verzicht der Vertagung der außerordentlichen Session des Völkerbundes wurde in fast allen Delegationen unangenehm empfunden und trotzdem unter dem Eindruck der für heute Mittwoch abend angeforderten Abreise Briand als einziger Ausweg betrachtet. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß einige Delegationen neben dem brasilianischen Einspruch auch aus andern Gründen leichten Herzens den Vertagungsentscheidungen hinhimmeln. Wenn auch durch die schwebeliche Haltung der ursprüngliche Konflikt wegen des Anspruchs Polens sozusagen einseitig als gut gelöst erachtet, so mußte man doch vorläufig wenigstens die formelle Dilemma Spaniens befürchten, das auch einen ständigen Ratssitz beansprucht. Der spanische Außenminister hat dem Reichkanzler ausdrücklich erklärt, daß seine Delegation für ein deutsches Ratssitz stimme, sich dann aber vom Völkerbund abzusetzen werde. Die Frage, ob dies gleichbedeutend sei mit dem Austritt aus dem Rat, beantwortete der spanische Vertreter ausweichend. Jedenfalls waren Briand und Chamberlain wie die übrigen Ratsmitglieder entschlossen, dem Verzicht Spaniens auf weitere Mitarbeit hinzunehmen, wenn der Einspruch Brasiliens aufgegeben worden wäre. Da nach dem Statut die Mitgliedschaft im Völkerbund noch zwei Jahre nach der Kündigung gilt, wäre übrigens Spaniens Verzicht hinzunehmen gewesen.

Wie berichtet wurde u. a. auch in allen Delegationen der Bericht von Italiens Unterföhrung der brasilianischen Sabotage. Der italienische Staatssekretär Brandi soll nach der Presse seines Landes verbieten haben, gegen Brandis Haltung Stellung zu nehmen, und die Drohung der Kollisionsnahme des betreffenden Staates ausgesprochen haben. Von der italienischen Delegation wurde dieses Verhalten am Montag in den späten Abendstunden offiziell dementiert. Es wird sich nach Gelegenheit bieten, auf diese Angelegenheit einzugehen. Die größte Zahl der in Genf anwesenden Delegationen wird bereits am Mittwoch abend Genf verlassen. Auch die deutsche Delegation reist um 6 Uhr abends mit Genf ab, so daß sie am Donnerstag abend in Berlin eintrifft.

Erklärung der Locarnomächte

T. Genf, 16. März. (Eig. Draht.)

In der Unterredung, die zwischen Chamberlain, Briand und Luther-Strafmann am 16. März stattfand, wurde berichtet, die am Nachmittag zurückgehaltenen Erklärung doch nicht zu veröffentlichen. Man kam schließlich zu diesem Entschluß, nur durch die Veröffentlichung der Vereinbarungen mit den besten möglichen Druck auf Brasilien auszuüben, was sich als vergeblich erwies. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

Die Vertreter Deutschlands, Belgiens, Frankreichs, Großbritanniens und Italiens versammelten sich am Dienstag vereint, um die Lage zu prüfen, wie sie sich aus den ausgefallenen Schwierigkeiten des Verfahrens ergab, die sich der Verwirklichung ihrer gemeinsamen Ziele entgegenstellten. Sie stellen fest, daß sie im Begriffe waren, eine Übereinstimmung zu gelangen und die Hindernisse zu überwinden, die zu einem gegebenen Zeitpunkt unter ihnen entstanden waren.

Daß, wie zu befürchten ist, die eingangs erwähnten Schwierigkeiten fortbestehen könnten, würden die Vertreter der Locarnomächte des Protokolls von Locarno bedauern. Sie im geschwägigen Augenblick des von ihnen angelegten Ates nicht erreichen können. Sie setzen jedoch mit Bestimmtheit fest, daß das Friedenswerk, welches sie in Locarno verwirklicht haben und welches in seinem ganzen

Werte und in seiner ganzen Kraft bestehen bleibt, dadurch nicht berührt wird. Sie halten daran fest, heute wie gestern, und sind fest entschlossen, sich gemeinsam dafür einzusetzen, es aufrechtzuerhalten und fortzuentwickeln. Sie bleiben bei der Ueberzeugung, daß bei der nächsten Bundesversammlung die gegenwärtigen Schwierigkeiten überwunden sein werden und daß die Verständigung, die hinsichtlich der Voraussetzungen für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund erzielt worden war, verwirklicht werden wird.

Bedeutung der Vertagung

Es ist kein Zweifel, daß der plötzlich ergebnislose Ausgang der außerordentlichen Völkerbundtagung eine schwere Krise für die gegenwärtige Organisationsform des Völkerbundes darstellt. Die Tagung war einberufen zu dem Zweck der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund. Da bei Abschluß der Locarnoverträge Deutschland versprochen wurde, einen ständigen Sitz im Rat zu bekommen, waren die Großmächte an dies Versprechen gebunden. Nun fordert die Völkerbundtagung aber Einstimmigkeit bei Vertagung neuer Sitze für den Rat. Das machte sich Brasilien zunutze, um mit seiner Stimme einen ständigen Sitz für sich zu erpressen. Das gleiche hätte jeder größere Staat für sich tun können. Ansprüche Polens und Spaniens wurden auch erhoben, doch war es gelungen, durch Verhandlungen Spanien zum Verzicht zu bewegen, und für Polen durch Rücktritt Schwedens einen nichtständigen Sitz zu schaffen. Es wurde hinsichtlich durch Brasiliens Unversöhnlichkeit.

So konnte die Zukage, Deutschland einen Ratssitz zu gewähren, nicht gehalten werden, weil Brasilien im Rate Einspruch erhob. Es blieb nichts anderes übrig, als Deutschlands Aufnahme zu vertagen. Entweder muß man nun warten, bis Brasiliens nichtständiger Ratssitz im September erlischt, um diesen vakanten Einzeiler im Rate los zu sein — aber da können andre Staaten neue Ansprüche stellen, so daß der Rat ständig verändert, vergrößert werden muß. Oder aber es muß eine Änderung der inneren Völkerbundverfassung erfolgen, die es ausschließt, daß ein Mitglied gegenüber allen andern Mächten unter

allen Umständen seinen besonderen Willen durchsetzen kann. Das ist freilich eine sehr schwierige Frage, da der Völkerbund keine Zwangsorganisation ist, sondern bei ihm alles auf den freien Willen seiner Mitglieder eingestellt bleiben muß. Zumeist gibt der Fall Brasiliens Anlaß zu unbedingt notwendigen Reformen. Man wird sie erst im Angriff nehmen dürfen, wenn Deutschland im Herbst ausgenommen ist und auch im Rate sitzt.

Dem unter allen Umständen muß nachdrücklich festgesetzt werden, daß Deutschlands Beitritt nicht vom Völkerbund abgelehnt ist — ein Fall, der nicht nur unmöglich, sondern auch undenkbar wäre. Im Gegenteil: alle Mächte und alle Staaten, sogar einschließlich Brasiliens, bedauern die Vertagung und sind aufs heiligste über das Nichtfunktionieren der inneren Organisation des Völkerbundes berüht. So hat Deutschland seinen Grund, seine Anmeldung zum Beitritt neu zu überprüfen. Sie bleibt bestehen.

Den Gegnern des Völkerbundes ist freilich der negative Ausgang der außerordentlichen Tagung ein gefundenes Fressen, an dem sie sich gütlich zu tun gedenken. Die deutschinternationalen Presse frohlockt schon seit Tagen über den „bölligen Hum des Völkerbundgedankens“ und erhebt, wie uns Berliner Telegramme melden, einen einzigen laienhaften Anbelschrei. Aber das Vergnügen wird nur ein Vergnügen bleiben, nicht eine nachhaltige Sättigung werden. Denn was möchte man erreichen? Nun, daß Deutschland nicht dem Völkerbund beitrete, wodurch die Friedenspakte von Locarno nicht in Kraft gesetzt werden könnten. Das ist das erhobene Ziel der deutschinternationalen Soldaten: keine Verständigung, sondern Kriegspolitik! Auf daß die Streitkräfte durch Militär- und Rüstungspolitik im Innern wieder das Heft in die Hand bekämen. Doch das törrische Volk schließt nicht so leicht die Reaktion, wie die gewaltigen Millionenjahren des erfolglosen Volksbegehrens gegen die Wirkenansprüche erneut beweisen. Deshalb darf sich durch Vertagung des Genfer Beitritts nichts an der deutschen Außenpolitik ändern!

Zwar treten nur juristisch die Friedenspakte von Locarno noch nicht in Kraft, da Deutschland noch nicht im Völkerbund ist und daher die Völkerbundgarantie und Völkerbundkontrolle noch nicht wirksam wird. Doch ist das nur für einige untergeordnete Fragen praktisch von Bedeutung. Und das kann in den Kauf genommen werden, wenn

v. Zengen, Behrens u. Co.

Kuttner Bericht im Gemeinderat

Im Gemeinderat des Reichstages des Reichstages berichtete Abg. Kuttner (Soz.) in öffentlicher Sitzung über das bisherige Endergebnis der bisherigen Gemeinderatswahl. Abg. Kuttner hob zunächst hervor, daß sein Teilbericht sich nur auf den Fall des 5000-Mark-Verleihs der Arbeitgeberverbände bezieht. Neben die Vorklagen und Zusammenhänge der Gemeinderatswahl und des Kuttner-Putsches werde man erst später zu reden haben. Die Aussagen der einzelnen Zeugen würden größtenteils zueinander in schärfstem Widerspruch. So habe insbesondere der Abg. Behrens über die freitägigen 5000 M. Unterstützungsgelder für Schulz drei mal seine Ansicht geäußert. Oberleutnant Schulz selbst versuche seine eigene Haltung und die des Majors Quorander beim Kapp-Putsch als völlig harmlos darzustellen. Tatsächlich hat Major Quorander durch seine schon an den 1. Stellung im Kapp-Putsch, vor allem dadurch, daß er Verhandlungen von Rütow angestrengt hatte, Komplikationen hervorgerufen, die schließlich zu Gefechtsstandungen und zum Mordverbrechen führten. Schulz habe bei der Schwarzen Reichswehr eine weit über seinen eigentlichen Dienststrang hinausgehende Stellung befehlet. Er sei der tatsächliche

Kommandeur der Schwarzen Reichswehr

gewesen. Eine Beteiligung am Kuttner-Putsch sei ihm zwar nicht nachgewiesen worden, da diese und seine Anteilnahme an dem acht Gemeinderäten zunächst noch nicht zum Aufgehenskreis des Gemeinderats gehörte. Am übrigen sei es keineswegs nachgewiesen worden, daß die Herren Meyer und Behrens ohne jede Kenntnis von der Aukerstellung des Oberleutnants Schulz bei der Schwarzen Reichswehr gewesen seien. Beide sind eigens nach Kuttner gefahren, um sich über die Rolle des Oberleutnants Schulz in dieser fragwürdigen Organisation zu informieren. Wenn es auch Oberleutnant Schulz nicht gelungen ist, einen großen Teil seiner che-

mungen Interaktionen bei der Schwarzen Reichswehr in seine Landarbeiterverbände überzuführen, so sei ihm doch nachgewiesen, daß er die Gebrüder Kapp, die am schwersten belasteten Gemeinderäten, dort als Pöbel untergebracht habe. Nicht völlig geklärt sei die „Wohnungsfrage“ des Oberleutnants Schulz. Abg. Kuttner ging dann auf die Verhandlungen des Abg. Meyer mit den Vertretern der Arbeitgeberverbände, vor allem mit Herrn v. Zengen, ein. Wenn Herr v. Zengen eine Quittung von dem Abg. Behrens für die vorgeschrittenen 5000 M. verlangte, so war das in erster Linie der Wunsch nachgeben, eine politische Handhabung gegen die heimlichen Gewerkschaften zu bekommen. Diese sollten im Kampf gegen die gelben Werksvereine nicht mehr das Argument verwenden können, daß nur die Geiben Unterstützung von den Arbeitgebern annehmen. Behrens hat die Absicht entweder nicht durchschaut oder sich darüber hinweggesetzt. Die Begründung und der Zweck des Darlehens war nach der Aussage des Abg. Meyer die Unterstützung des Oberleutnants Schulz, nach der Darstellung des Abg. Weisinger die schwierige Lage, in der sich die Versorgungsstelle befand. Diese Widersprüche sind nicht mehr restlos aufzuklären. Alle Umstände und Verhandlungen der Zeugen weisen im übrigen darauf hin, daß Meyer das Geld für Schulz verwenden will. Die leitenden Stellen der Arbeitgebervereine hätten sich allerdings nach diesem Fall bemüht, Wandel zu schaffen.

Darauf wurde die öffentliche Verhandlung geschlossen und in einer nichtöffentlichen Sitzung der weitere Arbeitsplan festgelegt.

Internationale des Eisens

P. Paris, 17. März. (Eig. Funk.) Der wenigen Tagen haben in Paris Verhandlungen zwischen Vertretern der Eisenindustrie Deutschlands, Frankreichs, Belgiens, Luxemburgs und Grossbritannien stattgefunden, die die Gründung einer internationalen Eisensartellens zum Ziele haben. Ein erster Schritt zu diesem internationalen Eisensartell ist bereits erfolgt, indem ein internationales Eisensartell als aufstauende gekommen betrachtet werden darf.

Zu Rahmen dieser Verhandlungen haben auch Besprechungen zwischen den deutschen, französischen, holländischen, luxemburgischen und belgischen Eisenerzeugern stattgefunden, in denen die Frage der Eiseneinfuhr nach Deutschland erörtert werden soll. Es ist, wie der Petit Parisien mitzuteilen weiß, eine Einigung erzielt worden, durch die die Einfuhr des holländischen, luxemburgischen und belgischen Eisens nach Deutschland herabgesetzt und gleichzeitig kontingentiert werden ist. Dadurch sei die größte Schwierigkeit, die dem Abschluß eines deutsch-französischen Handelsvertrages, bisher im Wege gestanden habe, aus der Welt geschafft.

190 000 Dresdner Einzeichnungen

Am Dienstag trugen sich 20 000 Personen für das Volksbegehren gegen die Auktionsabfindung ein, so daß die Gesamtzahl der Dresdner Eintragungen bereits über 180 000 beträgt. Wer sich noch nicht eintrug, hole das Verzeichnis in letzter Stunde nach!

Seite 10
ST
eck Corn.
sondere
erühbare
merikas.
hemischen
r. Mollaten,
Tiere.
nich
r Luft - im
rdigkeiten
auch 3 Uhr
aufhaus,
[w. 50]
ANI
istert
nn.
onnerstag
...?
s war?)
ot
a ersten Opern-
mit dem Film
Erinnerung
des ersten
ormann
[w. 90]
Preis.
6 1/2, 8 1/2, 10 1/2, 12 1/2
Achtung!
reisabbau!
Bullegetratzr. 22.4
aillongue. . . 27.4
fa. . . . 70.4
arbeiten von Voller-
wels ebenlo ordner.
anz Zerritich
Dresden • Wianen
Alteulan 24. L. 1038
ahrräder
belle Wachen
Wifa, Panzer
schlabig, Gänel.
eine Anziehung
eine Waten! 100
ara bisse bei Sasse
lmär. 19. 2., Danf
reibmaschinen
bler, Continental,
Frifa, Wilschliet,
al. Kange, Biederb
ilmer, Remington,
ila, Wianen, Dell
im gebe, reis neu,
illa an verlanen
Wilhelm Nodel
neral-Beitzerer der
ania, Berfio - zeh
antio-Rena - Schw
malchinen
Marchallstraße 3
erenzember 17. 100
igswannen
fabrikat Kraus
en Sie preiswert
in Sozialwesen
uard Geiger
Zec. Abt. Margarete
Posten Fahrdrü
brandt.
reit wert billige
aades Fahrdrü
elberner Wab 1 u
elberner . . . 130
im 2000
Hauptfest. Haupten
d. 40. 30. 20. 10.
rensch 4. 30. 1.50
auf Reimann. Je
neustrache 30
er-Blomnitz 100

Sie merken noch immer nichts!

„Königliche“ Vergnügungen in Berlin — Der Prinz als Arrangeur

Das arbeitende Volk in Deutschland, das von beispiellos-ster Not zur Verzweiflung getrieben wird, häumt sich auf gegen die freien Zumutungen seiner raffgierigen Fürsten, es schreit sein Volksgehörn in alle Welt hinaus: „Keinen Pfennig den Fürsten!“ Und diejenigen fürstlichen Personen, gegen die sich der allgemeine Volkszorn richtet, tun so, als ob nichts geschehen wäre... sie amüsierten sich glänzend, sie besuchten rauschende Festschichten, sie verachteten das deutsche Volk, das sie, wenn sie „unter sich“ sind, nie anders als „das Bad“ zu nennen belieben, und sie nehmen Huldigungen und Handliffe entgegen — wie einst!

Ein erschreckendes Bild von der inneren Hohlheit und frechen Anmaßung dieser „hohen Herrschaften“ und der widerlichen Speckeldeckerei der Monarchisten zeigt unfehlbarerweise ein Potsdamer Adliger, der seine monarchistischen Verzagungen über einen Ball des Nationalverbandes deutscher Offiziere mit Hohenzollernbesuch im Neuen Wiener Journal austobt:

Ball in Berlin

Vor das herrliche Gebäude des Zoologischen Gartens sollen die Autos und halten vor dem Adlerportal. Die strahlend erleuchteten Säle füllen sich, ordentlichste Frack, selbstgraue und alte bunte Uniformen und schöne Frauen. Von den Schultern wehen Goldspinnennetze, silberne Capes und pelzbesetzte Chiffonhals, Diademe blitzen im Haar. Der Nationalverband deutscher Offiziere gibt seinem zweiten Gesellschaftabend.

Die „erste Gesellschaft“ hat sich zusammengesunden, man sieht sie nur noch selten, meist auffallend gut geschnittene, rasierte Gesichter, Soldatenprofile, lähnen, trocken, schwarz, und sehr auf gewachsene Frauen. Der Saal mit seinen 600 Plätzen ist ausverkauft.

Plötzlich erbebt alles mit einem Ruck. Man spürt das Wehen eines kalten Windes, eine Tür öffnet sich weit und durch den Saal schreitet ein langer jugendlicher Gaste, die Hohenzollernprinzen mit ihren Gemahlinnen.

Auf der erhöhten Empore nimmt die Kronprinzessin Platz in einer edelherzigen Seidencob, sitzend in einer antik wirkenden Krone mit Diamant. Rechts von ihr, in Silbergrau, schaut ein junges Mädchen, die Herzogin von Braunschweig, die deutsche Kaiserin, dahinter Prinzessin Cecilie Friedrich mit ihrem feinen, schön geschnittenen Profil, dem melancholischen Lächeln, dann folgen die anderen kaiserlichen Prinzen mit ihren Frauen. Prinz

Oskar mit Gemahlin, der geborenen Gräfin Woffens, die frisch, elegant, schlank und jugendlich wirkt in einem seegrünen Chiffon, und viele Damen des einflussreichen Hofes, des Adels.

Die Potsdamer Gesellschaft stellt lebende Bilder. Die Darsteller tragen uralt aristokratische Namen, wie von Sigismund von der Vorch, Herr v. Mühlhausen, Friedrich Sigismund von Breuchen, der bekannte Herrrentier, und Sieger im Sattel, Frau Armin, Frau v. Medow, Frau v. Schaaf, Freiherr v. Döberberg, Graf Mumenthal, Baronin von Waldenfels usw.

Zum Schluss steht die Königin Luise vor uns, die Mutter unter Kaiser, ihr Arm hält ihre beiden kleinen Söhne umschlungen, schön und ernst, wie die Zeit, in der sie gelebt hat. Reife gedämpft erklingt das Kaiserquartett von Dahn...

Ein Sturm des Beifalls bricht los... Ein junger, edelgeschmiedeter General betritt die Bühne und spricht, man überreicht dem Prinzen August Wilhelm einen eleganten Spazierstock... Es ist, als ob die alte Gesellschaft, die einst in Berlin eine Rolle spielte, wieder lebendig geworden sei, allerdings nur für einen einzigen Abend. Nach dem weihnächtigen Deutschland, Deutschland über alles... schweigt das Orchester... der Vorhang fällt über dem letzten Bild.

Der Ball beginnt in dem mit Mattpflanzen, Blumen und Teppichen festlich geschmückten Marmoraal. Die Prinzen mischen sich unter die Gäste. Der Direktor des Saal, umgeben von drei Oberkellnern, die die Wäpfe für die Kronprinzessin... ein wichtiger Augenblick. Die kalten Füßchen sind umlagert, am meisten ist aber die Tombola umdrängt, schon werden die ersten Gewinne durch den Saal getragen. Ein Major trägt einen gefüllten Korb mit veredelnden Delikatessen auf seinem Tisch, allgemein bemerkt, ein junger Herr mit Monocel in ordentlichem Frack hält etwas weißes einen Kochtopf in der Hand, er ist Jungefelle; was soll er damit? Andre gewinnen Bilder von Hindenburg, Skizzen von Künstlern, große und kleine Gewinne. Die Kronprinzessin hält währenddessen oben in ihrer Loge Cercle und ihre Getreuen scharen sich um sie. Was wäre das für eine nette Kaiserin geworden! sagt ein alter Herr und schaut hinaus, wo die reizende lebenswürdige Kronprinzessin von ihren Damen Handliffe empfängt... wie einst.

So weit der Hofbericht des vorgämlichen Potsdamers. Und wie antwortet das arbeitende Volk auf diesen Skandal?

Unsre Antwort soll heißen:
Fort mit dem Fürstengeschmeiß!

Ein Antrag Briands

Die Erklärungen Chamberlains machten sichtlich tiefen Eindruck auf die Versammlung. Nach der Heberung der Erklärungen Chamberlains schloß sich Briand unter heftigem Beifall der Versammlung Chamberlains Worten, auch dem Tante an Schweden und die Tschechoslowakei an. Auch Briand erklärte: Die Unversöhnlichkeit zwischen den Vertretern Deutschlands, Frankreichs und der andern Völkermächte schien durch eine vollständige gemeinsame Erklärung beseitigt, die durch die Vollversammlung und den Rat die Wehr hätte empfangen sollen. Er sei tief von der Empfindung durchdrungen, daß man aus der heillosen Situation herauskommen werde, und daß dabei weder das Ansehen irgendeines Landes noch insbesondere das des Völkerbundes und nur im geringsten leiden werde. Briand warnte vor einer öffentlichen Herabwürdigung des Völkerbundes als Folge dieser schmerzlichen Ereignisse. Es handle sich um

eine Entwicklungsfrage.

Mit großer Bewegung erklärte der französische Ministerpräsident weiter: Ich empfinde es im höchsten Maße als eine Grausamkeit des Schicksals, daß die Zusammenarbeit mit Deutschland mit mir heute noch verhängt ist. Aber wir sind alle, und zwar auf Initiative der deutschen Delegierten (Starker Applaus), dahin übereingekommen, daß der eheliche und aufrichtige Friedenswille, den wir in Locarno geschlossen haben, darunter nicht leiden darf. — Briand forderte zur Reformierung und Veränderung des Völkerbundes auf und wies unter stürmischem Beifall dem Gegenstand der deutschen Delegierten, der dazu geführt hat, daß das Werk von Locarno in dieser Krise instabil und unantastbar erhalten blieb. Briand forderte als unerlässliche Handlung des Völkerbundes gegenüber Deutschland eine Vermittlung voraussetzender Aufnahme Deutschlands in das Werk des Völkerbundes durch Annahme folgender Erklärung:

„Tätigkeit für die revolutionäre Revue der Neuen Rheinischen Zeitung, die 1890 herauskam. Diese Revue unterzog die heftigsten revolutionären Kämpfe der Jahre 1848 und 1849 einer scharfen Kritik, erlosche aber ein neues Aufkommen der Revolution in Frankreich. Mit ganzer Seele hat sich Freiligrath der Propaganda für diese neue revolutionäre Zeitschrift gewidmet. Er schreibt darüber am Marx:

Höln, den 26. Januar 1850.

Lieber Marx!

... Schramms Epistel ist bereits durch eine Antwort Kauts erledigt worden. Er hat die Agentur der N. Rh. Ztg. für Köln mit Vereingewilligkeit angenommen, ist aber im Augenblick unwillig, weil ihr auf, wie er sagt, wesentliche Anzügen fort und fort gänzlich im Dunkeln liegt. Ihr solltet allerdings bedenken, daß ein Agent so fast kein muß. Eignen Konkreten kann der Sache nur nützlich sein. Er hat sich zu Bestellungen auf die Revue empfohlen, wie das jeder Contentist bei jeder Publikation tun kann. Bis jetzt hat er in die 80 Subskriptoren und darum schon 100 Exemplare fast bei Schuberth bestellt. Das Gesamtergebnis der Kautschen Pläne ist mir noch unbekannt, doch weiß ich, daß J. W. die von Daniels in Umlauf gesetzte gegen 30 Unterschriften aufweist. Die Revue wird und muß leben. Nur folgt, daß sich wenigstens das erste (oder noch besser die beiden ersten) Heft einmal sehen lassen — das setzt dem Publikum erst recht die Sporen ein.

Die Sammlung für die „Sammlung“ habe ich nicht kräften betrieben. Lieber Marx! Aber ich achte offen, daß es ein schmerzliches und unendliches Geschäft war. Wir, die Partei, die Proletariat, haben kein Geld (ich in specie bin kirchlich so blank gewesen, daß mich selbst der Briefträger genierte); es galt also, die Bourgeoisdemokraten zu erwidern. Was die aber, namentlich hier in Köln, für Gefühle sind, muß Dir noch von vorigen Jahr her in reicher Erinnerung sein. Alles, was ich den Enten ihrer Jagdtzeit tropfenweise entzweit habe, bezieht sich jetzt in 35 Thlrn. 16 Sgr., wovon Du 35 Thlr. antliegend findest. Den Heberichung von 16 Sgr. verwende ich zum Refundieren dieses Briefes. Sollte noch etwas nachdröpfeln, so schick ich es alsbald ein.

Dein Plan mit Amerika mag richtig sein, hängt aber für die Bourgeois demokratisch. Ring, dem Du über die Sache geschrieben, sagst: „Für Dich zu er gern alles, was er vermöge, für jene „Chimäre“ aber nichts. Ich weiß nicht, ob er Dir noch privatim einen Beitrag schicken wird, mir hat er keinen gegeben. Jedenfalls hat ich den eigentlichen Zweck meiner Sammlung in petto behalten müssen — ich konnte nicht anders als ganz allgemein für Zweck der Revue“ für Beiträge auffordern.

„Die Versammlung behauptet, daß die bis jetzt aufgetauchten Schwierigkeiten es nicht ermöglichen, das Ziel zu erreichen, für das Deutschland nach Genf eingeladen worden war. Die Versammlung brüht den Wunsch aus, daß diese Schwierigkeiten bis zur ordentlichen Septembersession der Völkerbunderversammlung überwinden sein werden, damit dann an diesem Zeitpunkt die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund vollzogen werden kann.“

Die Versammlung wird nach der Diskussion über diesen Antrag abstimmen.

Proteste gegen Brasilien

Nach Briand sprach der gegenwärtige Vorsitzende des Völkerbundes, Japan, vor den von der deutschen Delegation zur Debatte gestellten Vorschlag auf sofortige Schaffung einer besonderen Studienkommission zum Antrag erhob. Diese Kommission solle bis zur Septembertagung der Versammlung ihre Aufgabe beenden haben.

Der schwedische Außenminister Ruben Swahn erklärte in entschiedenen Worten, daß in der Hauptfrage durch nationalitätliche und Einzelinteressen das einzige Ziel der Märztagung gesichert sei, nämlich die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund und in den Rat.

Caballero, Paraguan, verlas im Namen von Chile, Kolumbien, Kuba, Guatemala, Nicaragua, Panama, Paraguan, Domingo, Venezuela und Uruguay eine scharfe Erklärung gegen die Haltung des brasilianischen Delegierten. Darin wird Brasiliens erucht, mit Rücksicht auf die gegenwärtige schwierige Lage sich den Bestrebungen der Mehrheit anzuschließen. Denn die amerikanischen Völker müßten zur Befriedigung Europas beitragen.

Rott, Schweiz, und London, Holland, gaben der tiefsten Befürwortung der Versammlung über das Scheitern der Verhandlungen Ausdruck. Sie dürfe nicht zur Minberung des Ansehens des Völkerbundes führen.

Großentilich ist Laßalle mehr zu schiden imstande, als ich es leider bin.

Empfehlungsbrief für Schramm lasse ich heute noch zurück. Nachdem nämlich J. Uchthal, der Reumporter Schmeißwille, geherben, hat ich eigentlich niemanden in den R. St., an den ich mich in einer Angelegenheit wie diese mit Erfolg zu wenden vermöchte. Ein oder zwei Bekannte aus alter Zeit in dem bap-puritanischen Nachschuß sind so ziemlich alles, woran ich schreiben könnte, und diese Leute werden nichts weniger als geneigt sein, für ein anerkannt rotes Institut zu wirken. Dann von Reumort Tribune, dürfte als Sozialreformer der geeignetste sein. Schramms Mission zu unterstützen. Er müßte ihn persönlich in Reumort und brieflich in dem andern großen Städten der Union einführen, überdies in seinem Munde den nötigen Vorschlag machen. Dona aber (den ich ja bei Dir fernererente) steht Dir ebenso nahe wie mir, und eine Einführung von Dir würde durchaus genügen. Doch ich bin gern bereit, auch die meingie zu geben, wenn Du es wünscht. Schreib mir nur darüber. Eben fällt mir ein, daß auch Rott und Gravel (letzterer in Reumort Vereinigte Staatsbürger geworden sind. Wohl, glaub ich, daß die Hinterwälder. Wie würde der Sohn der roten Erde erflammen, wenn ihn, dem auf einem gefüllten Baumte Dastenden, plötzlich einen Schnapman (Mittels von Schnaps) der Hühner entgegenzusehen und ihm die wohlbekannte fastformische Birole auf die Brust ickte. „Alte name ich Flügel der Morgenröte und läche zum aufstehen Meer, so würde dein Anse mich doch finden und die Rechte mich fallen!“

Mit Emen Verlagantrag. Lieber Engels, bin ich bereit bei zwei Eudaandlungen (eine dießige und eine Düßeladort) abgefahren, habe mich aber jetzt nach Leipzig an Wegzug wandt, dessen Geschäft hauptsächlich für Publikationen hier Art eingerichtet sein soll. Sobald ich Antwort habe, teile ich sie Dir mit. Warum schreibst Du nicht direkt einmal an Emen alten Verleger C. Wladoff?

Vit der Heberichtung des Menardischen Gedichts, reum-Witbürger, kann ich unmöglich aufwarten. Ich schick Dir „Jobe“ (Zweiter, Heb.) zu viel auf einmal. Weidmessen. Eudhändler werden, 23 vierzellige Tropfen. Dans les vingt quatre heures (in vierundzwanzig Stunden, Heb.) übersehen — possible (nicht möglich, Heb.). Das Gedicht ist überdies so famos französisch, als daß sich eine deutsche Heberichtung nicht dünn und dürftig daneben ausmachen müßte. Sobald ich etwas Ordentliches befeuern kann, erfolgt es gewiß...
Allesmal Euer

Freiligrath hat also 1850 recht tatkräftig in die sozialistische Propaganda eingegriffen. Er war in dieser Zeit ein begabter Propagandist des revolutionären Sozialismus.

das ganze Werk, wenn das Friedensabkommen als Ganzes gültig bleibt. Das geschah bereits durch die einmütige Erklärung der in Genf versammelten Vertreter der am Locarnopakte beteiligten Mächte. So bleibt die Verständigungspolitik Frankreichs und Deutschlands aufrechterhalten — das ist das Entscheidende. Belgien, Italien und vor allem England schließen sich an und bürgen für das Werk.

Wenn auch die Ungültigkeit der inneren Organisationsbestimmungen des Völkerbundes den Beitritt Deutschlands und die juristische Inkraftsetzung der Locarnoverträge verschoben, so ist dadurch weder die Verständigungspolitik der Europamächte noch der Völkerbundgedanke als solcher diskreditiert. Die Europamächte führen ihre Verständigungspolitik weiter und der Völkerbundgedanke behält seine Kraft. Nicht noch: gerade durch die Sonderansprüche eines außer-europäischen Staates ist die Notwendigkeit der europäischen und der universellen Verständigungspolitik viel zwingender als bisher erwiesen. So wird der brasilianische Sprengversuch zur Kraft, die — das Gute schafft.

Die Sozialdemokratie tritt entschieden für Stützung der Völkerbundfrage ein. Der Völkerbund ist nicht ihr Ideal, weil er noch kein wirklicher Bund der Völker, sondern eine Organisation zum Teil noch sehr eigenwilliger kapitalistisch oder imperialistisch inspirierter Regierungen ist. Aber das ändert sich langsam, wie la bereits Sozialisten und sozialistische Regierungen im Late sigen. Es liegt an den einzelnen Völkern, ihre Regierungen zu verständigungsbereiten Nebenregierungen zu machen. Jedenfalls ist heute der Völkerbund der erste Versuch, eine Verständigungspolitik in der Welt zu ermöglichen. Deshalb fördert ihn die internationale Sozialdemokratie und versucht, ihn zu einem theoretischen Werte praktisch tauglich zu machen!

Die Völkerbunderversammlung

T. Genf, 17. März. (Sig. Jun.) Vor der Eröffnung der heutigen Völkerbunderversammlung des Völkerbundes, die um 10½ Uhr begann, trat der Völkerbund noch einmal zu einer vertraulichen Sitzung zusammen, die vergeblich war und an der Sachlage nichts geändert hat. Die Völkerbunderversammlung wurde nach der formellen Eröffnung eingeleitet durch eine Erklärung des brasilianischen Vertreters Wells Franca. Er verwies zuerst zur Begründung der ablehnenden Haltung Brasiliens auf die vor Jahresfrist erteilte Antwort an Deutschland, in der die Zustimmung seiner Regierung zur Erteilung eines ständigen Sitzes nur „im Prinzip“ ausgesprochen wurde. Der leitende Obern der brasilianischen Regierung sei dabei gewesen, daß der Völkerbund als allgemeine reorganisiert werden müsse und zwar nicht nur im europäischen, sondern auch im Interesse seiner anderen Mitgliedsstaaten. Das sei eine Grundbedingung zur Verwirklichung des Völkerbundgedankes und des Wertes von Locarno. Die amerikanischen Staaten, insbesondere aber Brasilien, das die Idee der Schiedsgerichtsbarkeit in seiner Verfassung bereits verankert habe, würden auf dem bisherigen Wege unbehindert weiter arbeiten. Sie müßten aber eine bessere und größere Vertretung im Völkerbunde verlangen. Er behauptete dann, daß durch die gegebenen Umstände der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund verzögert wird und erklärte zum Schluß, daß seine Regierung an ihrem Anspruche auf einen ständigen Sitz unveränderlich festhalte.

Die Erklärung Chamberlains

Genf, 17. März. Auf der Ausföhrungen Wells Franca folgte eine von sichtlich innerer Bewegung getragene Erklärung Chamberlains. Er sagte erst, daß der Aufnahmeartrag auf alle Fragen über den deutschen Ausnahmeartrag bejahende Antworten abgegeben und die Annahme des deutschen Antrages einstimmig empfohlen habe. Deutschland habe von Anfang an eine natürliche und vernünftige Bedingung an seinen Eintritt gestellt, die Erlangung eines ständigen Sitzes, der ihm mit Rücksicht auf seine große Bedeutung in der Welt unbedingt zukomme. Es sei eine Pflicht der Konstat gegenüber Deutschland, zu erklären, daß die bedauerlichen Mißverständnisse und Schwierigkeiten, die sich bei den Verhandlungen in Genf auf beiden Seiten gezeigt hätten, durch das Zusammenwirken aller Beteiligten aus dem Wege geräumt worden seien. Er erhob sich lebhafter Beifall, der sich zu einem Sturm steigerte, als Chamberlain den Obern von Schweden und der Tschechoslowakei wies, die durch ihre Zustimmung der Beitrittung aller Schwierigkeiten ermöglicht hätten. Das Wort von Locarno sei dadurch gerettet und die Gefahr vermieden worden, daß Europa von neuem in zwei Lager geteilt würde. Er sei bitter enttäuscht, daß trotz dieser erzielten Heberzeugung die Aufnahme Deutschlands nicht jetzt vollzogen werden könne. Er schloß mit dem Ausdruck der festen Heberzeugung, daß die Vertagung zur Sicherstellung des deutschen Eintritts in den Bund bei der nächsten Session dienen werde.

Freiligrath als Revolutionsagent

Freiligrath, dessen Todestag sich heute zum 30. Male jährt, wird als Sänger der Revolution in der Zeitsage zu dieser Nummer gewürdigt. Der folgende Aufsatz zeigt, daß sich der Dichter auch der geistreichsten, mühseligsten und undankbaren Kleinarbeit für die Sache des Volkes mit Hingebung und Humor unterzog.

In den Jahren 1848 und 1849 hatte sich die glühende Lava der Revolution durch alle Pöcher Ferdinand Freiligraths ergossen. Auch nach dem Erlöschen des fernerstehenden Feuers brannte die innere revolutionäre Glut in dem Dichter noch mächtig fort. Wer die revolutionäre Gesinnung Freiligraths studieren sehen will, der muß seine Blicke an Karl Marx anheften, mit dem ihn eine warme Freundschaft verband. Ein reiches Bündel dieser Briefe liegt im Archiv der Sozialdemokratischen Partei. Einzelnenweise hat bereits Franz Mehring in seinem Essay Freiligrath und Marx in ihrem Freundschaftsbrief (Neue Zeit, 1913) sehr wertvolle Stellen aus diesem Briefwechsel veröffentlicht, in denen gerade die Seite im geistigen und sittlichen Charakter des Dichters zum Ausdruck gelangt, die geistlich von den demokratischen Literaturwissenschaftlern unterdrückt wird: die revolutionär-sozialistische, Mehrings Arbeit reichte zu einem bedeutenden historisch-politischen Zeitbeitrag aus. Wir gehen hier nur noch auf einige Briefe ein, die Franz Mehring in seinem Essay nicht berücksichtigt hat. Die revolutionären Stimmungslagen Freiligraths sind ja in alle Mannheimer Sammlungen des deutschen sozialistischen Proletariats übergegangen — wir brauchen auf sie nicht einzuzutreten.

Nach dem Scheitern der Revolution von 1848 wollte Freiligrath noch so lange in Deutschland, bis die rächenbüchtige Reaktion auch nach ihm die Hand ausstreckte. In dem Marx-Freiligrathschen Briefwechsel des sozialdemokratischen Archivs befindet sich u. a. folgendes Briefsegment, das nach dem Bestehen der Reichsverfassungsanfrage geschrieben ist. Spottend schreibt Freiligrath: „Hier ist alles langsam und langweilig, daß man Chinesisch freiden möchte, wie der alte Goethe, wenn Chinesisch nicht auch langweilig wäre. Das Reueite aus der Welt ist, daß die dem Bringen von Bremen die Note und dem General Friedrichs (oder heißt er Dirscheld?) drei Geme abgeschrieben haben. Frau Anneke, die Capitain's Lady, ist reitende Freiligrathin im Stolz ihres Mannes. Sie glaube ich, hat das weisheit gerichtet, dessen erste Rahmung (Rechtswort?) dem Prinzen das Reichthum wehrte. Jetzt ist der Herr ganz reiner „Schmerzhaft“. Schmeißwille ohne Note drüber...“ Freiligrath berichtet dann an Marx über seine Werke.

Bismarck für Enteignung

Die Enteignung der Hannoveraner und Kurhessen als Vorbild des Volksbegehrens

Anlässlich der Enteignung der 1806 entthronten Fürstentümer von Hannover und Kurhessen erklärte Bismarck in der Wahlkommission des Preussischen Abgeordnetenhauses: "Wenn man nun erwäge, über welche Summen die preussischen Fürsten von Hannover und dessen Verfähren wüßten, in Betracht ziehe, daß sie diese Gelder, sobald durch irgendwelche Ursachen der europäischen Friebe bedroht werde, zu gemeinsamen Operationen verwenden könnten, um die Meinung des Auslandes gegen uns aufzuregen und über die Stimmung in Deutschland selbst zu täuschen, so werde man sich der Folgerung nicht entschließen können, daß die Notwendigkeit vorliegt, wenigstens ein Mittel mit Beschlag zu legen, welche den gedachten Herren noch durch die Einkünfte aus ihren in Preußen bestehenden Vermögensobjekten zuständen."

Bismarck am 29. Januar 1869 im Preussischen Abgeordnetenhause:

Es gibt eine Freiheit, die es nicht mag, sich zu wehren und auch nur die Degenstiche wegzuschlagen, die auf ihre Brust gerichtet ist, sondern sich vor ihr zu wehren und in Starckheit — mag es Gefangenen, mag es nervöse Eignung sein, nicht Hand anlegt, um die Gefahr abzuwenden, die sie droht. Dafür zu sorgen, daß das nicht geschieht, ist die Aufgabe der Regierung. Wir wollen hier nicht zu Gericht sitzen über den geschlossenen Gegner, aber wir wollen Deutschland vor Schaden bewahren, wir wollen diesem Frevler mit dem Frieden einer großen Nation, mit dem Frieden Europas ein Ende machen, gegen diejenigen, welche für persönliche und kleinliche dynastische Interessen sich berufen lassen, das Glück und die Ehre des eigenen Vaterlandes zu beugen und aufs Spiel zu setzen."

Bismarck am 1. Februar 1868:

Ob ein Rechtsanspruch des Königs Georg überhaupt vorliegt, diese Frage habe ich mir nie gestellt. Ich kann mir sehr gut denken, daß man den Rechtsanspruch von der einen Seite zu weit anführt, daß wir, wenn wir nicht das ganze Königreich Hannover zurückgeben, doch ein Äquivalent, welches kaum zu berechnen wäre, zu zahlen hätten. Ich kann mir denken, daß von anderer Seite der preussische Anspruch so aufgeführt wird, daß der König Georg gar nichts zu beanspruchen hätte, sondern nur noch eine Entschädigung aus seinem Privatvermögen für die Arglisten ausfinden haben würde. Beides läßt sich rechtfein, das eine wie das andre. Ich habe mich bloß daran gehalten, welche politischen Vorteile gehen aus dem Abkommen hervor für die Gesamtheit der Völkler."

Der Herr Vorsitzende hat gesagt, ich hätte mich geringfügig über das Recht geäußert. Der stenographische Bericht wird ergeben, wenn mein Gedächtnis mich nicht täuscht, daß ich gesagt habe: Ich habe mir die Frage, wieviel das Recht des Königs von Hannover auf eine Entschädigung gehe, niemals vorgelegt, und zwar habe ich darauf die Worte angeführt, weshalb ich mir die Frage nicht vorgelegt habe, weil sie nämlich jeder verschieden beantwortet wird von seinem Standpunkt aus."

Wie Fürstenvermögen entstanden!

D. Die Deutsche Tageszeitung, das Berliner demokratische Organ, liefert in ihrer Nummer vom 25. Februar 1926 einen instruktiven Beitrag zum Thema, wie die Fürstenvermögen zu Vermögen kamen.

Sie schildert das Schicksal in Friedrichsfelde, das sich jetzt im Besitz der Familie von Trosow befindet. Das Schloß war ursprünglich im Besitz der Hohenzollern, die es jedoch verkauft haben. Es wird aber die Hohenzollern zu diesem Besitz gekommen? Es gehörte einst dem Generalmajor der kurfürstlich brandenburgischen Marine, Benjamin Haule, der das Gut Rosenfelde erworben und dort das Schloß erbaute. Ueber den Besitzwechsel heißt es in der Deutschen Tageszeitung:

Nach dem Tode des Kurfürsten Lothar fiel Haule durch die Anteilnahme seiner Weiber in Ungnade. Sein Besitz und sein Vermögen wurden konfiszieren. Friedrich III. nahm Rosenfelde in Besitz und übertrug seinen Namen in Friedrichsfelde um; dochhin ließ der Herrscher auch die wertvolle Einrichtung aus Haules Berliner Wohnung bringen."

Nach dem Zeugnis der Deutschen Tageszeitung haben die Hohenzollern Benjamin Haule entschädigungslos enteignet, und zwar zu ihren Gunsten. Der Gegenwert für die

wertvolle Befugung, die sie später veräußert haben, gehört heute zu ihrem unbestreitbaren Privatvermögen. Als geschieht den Hohenzollern nur recht, wenn sie heute durch das Volk zugunsten des Volkes enteignet werden, nachdem sie ein so erlautendes Beispiel eines Eingriffes in das Privateigentum eines Privatmannes zu ihrer Bereicherung gegeben haben.

Die letzten Stunden!

Hast Du Deine Pflicht getan? Hast Du Dich eingezeichnet?!



Berlin: 1 1/2 Millionen

D. Berlin, 17. März. (Eig. Funk.) In Groß-Berlin wurden am Dienstag rund 150 000 Eingezeichneten vollzogen, so daß in der Reichshauptstadt mit über 1 1/2 Millionen Teilnehmern am Volksbegehren, d. h. mit mehr als der Hälfte der Stimmberechtigten zu rechnen ist.

Von der Arbeitsministerkonferenz

S. London, 17. März. (Eig. Funk.) In der Konferenz der Arbeitsminister ergab sich am Dienstag eine einheitliche Auffassung über Artikel 2 und 3 der Washingtoner Konvention. Die Frage der Sonntagsruhe wurde einer Unterkommission überwiesen. Im Hinblick auf die Arbeitszeit verständigte man sich darüber, daß unter Arbeitszeit gewöhnlich die Zeit zu verstehen sei, in der der Arbeitnehmer zur Verfügung des Arbeitgebers steht, unter Abzug der Arbeitspausen. Die Besprechungen des Artikels 4 der Konvention wurden nicht abgeschlossen, da die von Arbeitsminister Brauns angeregte Frage der Eisenbahnen zu einer längeren Aussprache führte, die in der Dienststufung nicht beendet wurde.

Von sämtlichen Delegationen wird die gute Zusammenarbeit auch am zweiten Konferenztag hervorgehoben. Die Konferenz ergab infolgedessen eine Abänderung in der Zusammenfassung, als der belgische Arbeitsminister, Genosse Bauwers, infolge der Krise des belgischen Frank seinen Aufenthalt in London abgebrochen hat und nach Brüssel gefahren ist.

Dresdner Kalender

Theater am 18. März, Opernhaus: Kurechtsthe A: Jar und Zimmermann (7). Volkshaus Nr. 2060 bis 2182. — Schauspielhaus: Wagner Kurecht (neu einstudiert): Struensee (7). Volkshaus Nr. 4341 bis 4420. — Alberttheater: Die fünf Franzosen (7 1/2). Volkshaus Nr. 8401 bis 8480. — Zentraltheater: Gastspiel der Jean Gilbert-Tournee: Annemarie (7 1/2). — Neues Theater (Ostra-Allee): Der Wästergatte (7 1/2). Volkshaus Nr. 1601 bis 1700. — Residenztheater: Der Dolm (7 1/2). — Theater am Salaplay: Liebe und Trennung (8).

Residenztheater. Morgen Donnerstag und Freitag letzte Abendaufführungen der Operette Der Dolm. Sonnabend den 20. März Aufführung der Vaudeville-Operette Der Hampelmann, Musik von Robert Stolz. Der Komponist wird bei der Premiere sein Werk selbst dirigieren. Inangenerung: Josef Groh, Hauptrollen: Wörthe, Sussfahl, Hoff, Grete Brill, Charlotte Schaebrich, Ida Kattner. Sonntag (8 1/2) zu ermäßigten Preisen Das Strumpfband der Herzogin.

Mitgliederversammlung des Vereins Volkshochschule Dresden. Am Freitag, dem 19. März, abends 7 Uhr, in der Aula der Areal-Hochschule, Georgplatz 6, L., veranstaltet die Dresdener Volkshochschule ihre Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Bericht über das Geschäftsjahr 1925. 2. Kassenbericht und Bericht der Rechnungsprüfer. 3. Wahl von zwei Rechnungsprüfern für 1926. 4. Wahlen zum Gesamtvorstand. 5. Anträge. Zutritt nur gegen Vorweisung der Mitgliedskarte für 1926! Im Anschluß daran wird um 8 Uhr am selben Ort von Ernst Thieme und Konzertfängerin Maria Thieme mit dem Thema „Glückliches Wandern“ ein Vortrag mit Filmbildern und eingesungenen Gesängen gehalten. Die Postkarte am Freitag hat Max Grünberg übernommen. Hierzu ist der Eintritt für Mitglieder frei, Nichtmitglieder für 1 K. gehalten. Die Mitglieder werden um zahlreiches Erscheinen der Jahresversammlung gebeten.

Der Fall Kuttiker

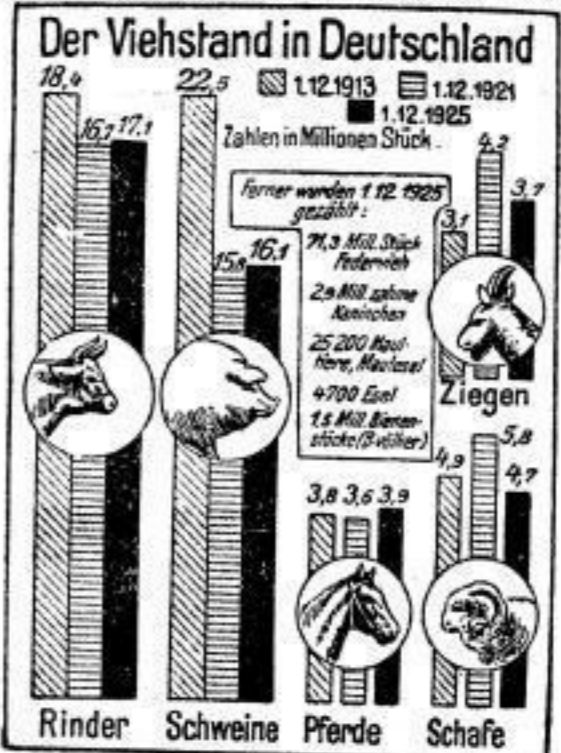
Aus Berlin wird uns geschrieben: Das Strafverfahren gegen Ivan Kuttiker ist wegen des Gesundheitszustandes des Hauptangeklagten vorläufig eingestellt worden. Da trotz allen gegenteiligen Feststellungen die deutsche und ausländische Presse bis in die letzten Wochen hinein den Fall Kuttiker als eine Angelegenheit der Sozialdemokratie dargestellt hat, so steht zu erwarten, daß auch diese Einstellung von der gleichen Presse auf irgendwelche dunklen Einflüsse und unklaren Nebenwirkungen zurückgeführt werden wird. Demgegenüber sei nochmals hervorgehoben, daß der preussische Untersuchungsausschuß trotz eingehenden Bemühungen gerade der rechtsgerichteten Abgeordneten auch nicht die kleinste Spur einer Verbindung zwischen Kuttiker und der Sozialdemokratie hat entdecken können. Soweit Kuttiker über Beziehungen und Empfehlungen verfügt, weisen diese ausschließlich nach der rechten Seite hin. Kuttiker war Oberstleutnant der baltischen Freiwilligen-Armee gewesen, und von den Offizieren dieser Armee brachte er Empfehlungen mit. Der deutsche Befehlshaber in Riga, der altpreussische Herr v. Horn, hatte ihn einen Paß nach Deutschland ausgestellt, der Kuttiker sogar zum Tragen von Waffen berechtigte.

Der Untersuchungsausschuß traf mit allen Stimmen, einschließlich denen der Deutschnationalen, die Feststellung, daß Kuttiker über keine anderen Empfehlungen verfügt hat und ebenso die Feststellung, daß die Geschäfte Kuttikers bei der Staatsbank mit den Geschäften Darmats bei der gleichen Bank in keinerlei Zusammenhang gestanden haben. Die gleichzeitige Rennung des Namens Kuttiker und Darmat ist tatsächlich nur erfolgt, weil beide, gänzlich unabhängig voneinander, bei der Staatsbank Kredit genommen hatten. Diesen Umstand haben deutschnationalen Demagogen weidlich ausgenutzt, um die Geschäfte Kuttikers, die einen offensichtlich betrügerischen Charakter tragen, der Sozialdemokratie irgendwie anhängen zu können, während bei den Geschäften Darmats ein kontinuierlicher Charakter bis heute nicht nachgewiesen ist. Die Sozialdemokratie hat keinerlei Interesse daran, daß die Verhaftungen Kuttikers unterbleiben. Bei der Verhandlung würde sich — nach den Ergebnissen des preussischen Untersuchungsausschusses — im Gegenteil herausstellen, daß die Beziehungen Kuttikers ausschließlich durch die unverantwortliche Verantwortlichkeit und zum Teil auch Verschlingung von Beamten des alten Systems möglich gewesen sind.

Volkswirtschaft

Der Viehstand im Deutschen Reich

Die letzten veröffentlichten vorläufigen Feststellungen des deutschen Viehstandes nach der am 1. Dezember 1925 durchgeführten allgemeinen Viehzählung haben gegenüber den Zahlen vom 1. Dezember 1924 im wesentlichen einen zahlenmäßigen Rückgang bei den meisten Vieharten ergeben. Nur bei Pferden und Kühen war eine Zunahme zu verzeichnen. Am stärksten ist die prozentuale Abnahme bei den Schafen (17,3 Proz.) und Ziegen (13 Proz.) gewesen. Der Viehstand am Schweinen im Deutschen Reich hat sich gegenüber der Zählung vom 1. Dezember 1924 um 4,4 Proz. der an Rindern um 0,9 Proz. verringert. Grund zu der Verminderung des deutschen Viehbestandes dürfte die erschwerte Wirtschaftslage der Landwirtschaft gewesen sein, die zu einer größeren Abkühlung von Vieh führte; auch die schlechte Futtermittellage von 1924 hat ungünstig eingewirkt. In unserer graphischen Darstellung geben wir eine Uebersicht des Viehstandes im Deutschen Reich (umgerechnet auf das jeilige Reichsgebiet — ohne Saargebiet) in den Jahren 1913, 1921 und 1925.



Schlussnotierungen der Produktendörse

rs. Berlin, 17. März. (Eig. Funk.) Weizen märklich: März —, Mai 265, Juli 265; Tendenz: schwächer. Roggen märklich: März —, Mai 175 1/2, Juli —; Tendenz: schwächer.

Ämtliche Berliner Produkten-Notierungen

am 16. März
Weizen, märk. 250—254 (250—254), Roggen, märk. 154—166 (156—160), Gerste, Sommer- 166—180 (166—180), Gerste, Winter- 188—192 (188—192), Hafer, märk. 162—179 (162—179), Weizenmehl 92,50—98,00 (92,50—98,00), Roggenmehl 22,50—24,50 (22,75—24,75), Viktoria-Erbsen 25,00—31,00 (25,00—31,00). Die Ziffern in Klammern bedeuten Portag.

Wasserstände der Elbe, Eger und Sibe

Wasserstand	15. 3.	16. 3.	17. 3.
Moldau Kanaik.	+ 130	+ 121	+ 120
Moldau Modran	+ 182	+ 186	+ 185
Eger Loun	+ 220	+ 205	+ 205
Elbe Rumburg	+ 188	+ 167	+ 167
Brandeis	+ 279	+ 269	+ 269
Melitz	+ 235	+ 230	+ 230
Reimertitz	+ 240	+ 238	+ 238
Kuffitz	+ 203	+ 201	+ 201
Dresden	+ 124	+ 127	+ 127

Sportwetterbericht vom 17. März, vormittags

Mitgeteilt vom Beobachter Renner
Dampfbau: Weidert, Nordwest, Barometer fest, — 3 Grad, 90 bis 100 cm Schnee, 5 cm Neuschnee, St. und Schichten gut. — Sturm in Habel: Weidert, Nordwest, Barometer fest, — 6 Grad, 12 cm Schnee, 5 cm Neuschnee, St. und Schichten gut. — Ring-Heinrich-Gaude: Weidert, Nordwest, Barometer fest, — 9 Grad, 90 bis 100 cm Schnee, 5 cm Neuschnee, St. und Schichten gut. — Schlingelhaude: Weidert, Windstill, Barometer fest, 90 cm Schnee, 5 cm Neuschnee, St. und Schichten gut. — Wiesenhaude: Weidert, Nordwest, Barometer fest, — 3 Grad, 30 bis 60 cm Schnee, St. und Schichten gut.
Am 20. und 21. März Austragung der sächsischen Skimeisterschaft auf der Hampelhaude.
Am 20. und 21. März Austragung der sächsischen Skimeisterschaft in Oberweißbach.

Leben • Wissen • Kunst

Die Zeit wird kommen!

Leipzig, 14. März.

Am Leipziger Alten Theater kam in ausgedehnter, runder, padender Darstellung Romain Rollands patriotisches Kriegsdrama „Die Zeit wird kommen!“ zur Aufführung. Die erschütternde Wirkung löste sich aus in einem starken Beifall. Mit leiser Betrübnis nimmt man die Lektüre 1926 zur Kenntnis. Vielleicht, wenn vor 20 Jahren man einer hätte wegen können, solche Stücke anzuführen, dann der Schwindel von 1914 nicht so groß und lang sein können. Der tapfere Rolland schrieb sein dramatisches Manifest für die Idee des Weltfriedens 1902. Aber in Frankreich schweig man ist, deutsch erschien es erst nach dem Kriege in einer Uebersetzung des Freundes Stefan Zweig.
Die drei alte gestalteten den Widerstreit zwischen soldatischer Pflicht und menschlichem Gefühl. Weil der englische Oberstleutnant im Vorkriegswehr seine bessere Einsicht, die durch seines Sohnes Tod den Anstoß von außen erhielt, weiters zum Wort und Verurteilung befähigt, muß er durch den Schicksal seines Kindes im Augenblick des Sieges fallen — trotzdem er nur auf dem Boden ruht, um nicht einem Genesamereen die Ehre auszuhandigen. Der Marschall stirbt mit den Worten: „Kein, wir sind alle Besiegte. Er weiß, daß die Nationen strecken sind, daß keiner mehr Erde erobert als das Gewirte der eigenen Leidenschaft. Daß die Handlung konstruiert ist, daß die Nationen nicht aus der Situation erwachsen: dies magt gegenwärtig Kisten dichterischen und theatralischen Einzelheiten, die welche ich meine: die Verbrüderung zweier Sterbenden, die einander verwundet haben; den Abmarsch ins Gefecht, wobei einer hinausbrüllt: Ob diese Schweine hinter uns, die uns anhängen — aber der Blick des Unteroffiziers macht ihn nachsichtig; die Vision der bedenden Frauenparteien, die beide für ihre Männer Gott um Gerechtigkeit und — Sieg anrufen. Die Handlung zeigt das Marcialles Nachfolger bei der Arbeit: Er hat jeden fünften Gefangenen süßigkeiten. Der englische Soldat, der sich weigert, weiter zu marschieren und den Verurteilten nachzugehen, spricht: Die Zeit wird kommen, da alle Menschen die Wahrheit wissen werden, daß sie Hingehenden schmeiden aus den Schwereiten und Schicksal aus den Längen.
Stefan Zweig legt im Nachwort zur Verbindung für alle Aufführungen, daß die Zeitworte Rollands auf den Anknüpfungen vermerkt werden, um alle Mißverständnisse zu verhüten, die an das größte Mißverständnis der Menschheit, den Weltkrieg, erinnern. Und so stand auf dem Theaterstiel: „Dieses Drama folgt nicht eine einzelne europäische Nation an, sondern Europa. Ich widme es der Zivilisation.“ Die paar Geübigen

